

844

16 mai 1979

CONFIDENTIEL

Action des Nations Unies en Namibie (GANUPT), contribution de la Suisse

- Département politique. Proposition du 6 avril 1979 (annexe)
 Département des finances et des douanes. Co-rapport du 19 avril 1979 (annexe)
 Département politique. Rapport complémentaire du 20 avril 1979 (annexe)
 Département des finances et des douanes. Co-rapport complémentaire du 24 avril 1979 (annexe)
 Département de l'économie publique. Co-rapport du 20 avril 1979 (adhésion)
 Département politique. Proposition complémentaire du 4 mai 1979 (annexe)
 Département des finances et des douanes. Co-rapport du 10 mai 1979 (adhésion)

Conformément à la proposition du département politique, à la proposition complémentaire, compte tenu de la procédure de co-rapport et après délibération, le Conseil fédéral

d é c i d e :

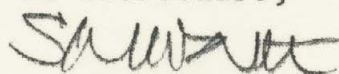
1. Il est pris acte des propositions du département politique des 6 avril 1979 et 4 mai 1979.
2. Le département politique est autorisé à poursuivre ses consultations et ses contacts concernant une participation de la Suisse à la réalisation d'un hôpital de campagne dans le cadre du GANUPT.
3. Le département politique est autorisé à informer le Secrétaire général de l'ONU de l'accord de principe des autorités suisses, pour autant que la question du financement soit réglée conformément à leurs vues et que les conditions posées, notamment l'accord de toutes les parties en cause, soient dûment prises en considération.
4. Dans la mesure où les conditions mentionnées sous le point 3 sont remplies, le département politique est autorisé à annoncer une contribution de 4,5 millions de francs suisses au GANUPT.
5. Le département politique est autorisé, le cas échéant, à demander un crédit supplémentaire.

Extrait du procès-verbal:

- EPD 6 pour exécution
- FZD 7 pour exécution
- EVD 5 pour connaissance
- EFK 2 " "
- FinDel 2 " "

Pour extrait conforme:

Le secrétaire,



Dodis



o.713.761 - GR/fb

Bern, den 6. April 1979

AusgeteiltAn den Bundesrat

Namibia-Aktion der Vereinten Nationen
(GANUPT - Groupe Assistance Nations
Unies Période Transitoire)

I.

Am 1. September 1978 hatten wir Sie über die Situation in Namibia informiert und Sie namentlich von der geplanten Aktion der UNO in Kenntnis gesetzt, welche Namibia den Uebergang zur Unabhängigkeit auf friedlichem Wege gewährleisten soll. Wie Sie sich erinnern werden, handelt es sich um die Uebernahme des Plans der fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates (USA, Frankreich, Grossbritannien, Kanada und Bundesrepublik Deutschland) durch die UNO. Diese Namibia-Aktion ist die grösste friedenserhaltende Aktion, welche die UNO je unternommen hat. Wenn sie erfolgreich ist, wird sie einen entscheidenden Einfluss auf die friedliche Entwicklung im südlichen Afrika ausüben. Wir hatten bereits im September Ueberlegungen angestellt, ob die Schweiz allenfalls auf dem zivilen Sektor einen Beitrag an diese Aktion leisten könnte.

Am 14. März 1979 ist der UNO-Generalsekretär mit der Frage an uns gelangt, ob die Schweiz im Rahmen der UNO-Aktion in Namibia (GANUPT - Groupe Assistance Nations Unies Période Transitoire) bereit wäre, ein ziviles Spital zur Verfügung zu stellen. Ueber die einzelnen Modalitäten wurden Sie an Ihrer Sitzung vom 19. März unterrichtet.

- 2 -

Ziel des vorliegenden Antrages ist es, Ihnen den gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit darzulegen und das allfällige weitere Vorgehen zu bestimmen. Auch wenn es vom politischen Standpunkt her noch nicht sicher ist, ob die GANUPT ihre Tätigkeit überhaupt je aufnehmen kann, so muss sich doch die UNO schon jetzt genau mit der Vorbereitung der Aktion befassen. Daher müssen wir der Organisation sobald als möglich eine vorläufige Antwort erteilen mit einem Hinweis darauf, ob wir in der Lage wären, die uns angetragene Aufgabe zu übernehmen.

II.

Der Delegierte des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland, Dr. A. Bill, hat sich vom 25. bis 28. März 1979 in New York aufgehalten, um am Sitz des UNO-Generalsekretariates weitere Fragen abzuklären, deren Prüfung für eine definitive schweizerische Stellungnahme unerlässlich ist. Er hat am 28. März über seine Erkundungsmission einen Bericht erstellt, den Sie in der Beilage erhalten.

Die Gespräche Herrn Bills haben bestätigt, dass die UNO an der Einrichtung und dem Betrieb eines Feldspitals in Grootfontein durch die Schweiz sehr interessiert ist, namentlich weil der Gedanke eines schweizerischen Beitrags im Rahmen der GANUPT nach den Sondierungen in der UNO bisher auf keinen Widerstand gestossen ist und weil unser Land über die nötigen technischen und organisatorischen Leistungsmöglichkeiten verfügt. Offensichtlich würde die UNO einen solchen operationellen Beitrag mehr schätzen als eine reine Mitfinanzierung der Aktion.

Was die Form der Realisierung eines schweizerischen Feldspitals anbelangt, so zeigte sich die UNO sehr flexibel. Sie bekundete auch Verständnis dafür, dass wir - wie wir Ihnen am 19. März dar-

- 3 -

gelegt hatten - einige Bedingungen stellen müssten. Ihrerseits versicherte die UNO, dass die gesamte GANUPT-Aktion und damit auch die Tätigkeit im Feldspital auf ein Jahr beschränkt bleiben würde.

Nach den Plänen der UNO würde das Feldspital in Grootfontein etwa 100 bis 200 Personen beschäftigen und auf 20 bis 30 Millionen Schweizerfranken zu stehen kommen. Ein so grosses Unternehmen würde unsere Möglichkeiten in finanzieller und technischer Hinsicht übersteigen. Unseres Erachtens könnte die Aufgabe aber auch mit weniger Aufwand gelöst werden. Ein Spital mit 50 bis 60 Mitarbeitern, darunter rund 20 Aerzten, käme etwa auf 12 bis 15 Millionen Schweizerfranken zu stehen. Es scheint uns indessen, dass zum jetzigen Zeitpunkt auch ein solches Engagement für unser Land zu hoch wäre.

Herr Bill hat daher mit der UNO nach anderen Lösungen gesucht und insbesondere geprüft, ob sich die Schweiz einfach bis zu einem noch zu bestimmenden Höchstbetrag verpflichten könnte. Offenbar wäre die UNO durchaus einverstanden, wenn die Schweiz für ihr allfälliges Engagement einen festen finanziellen Rahmen bekanntgeben würde, innerhalb dessen den personellen und materiellen Bedürfnissen des Feldspitals durch die schweizerischen Dienste in Zusammenarbeit mit der UNO Rechnung getragen werden könnte. Die über diesen Finanzrahmen hinausgehenden Kosten wären dann auf keinen Fall von der Schweiz zu tragen. Ins Auge zu fassen wäre beispielsweise ein Finanzrahmen von insgesamt 6 Millionen Schweizerfranken, verteilt auf 1979 und 1980, was jährlich 3 Millionen Schweizerfranken ausmachen würde, die als Sonder- oder Nachtragskredit zu beantragen wären. Denkbar wäre die Verbuchung auf der Voranschlags-Rubrik Nr. 201.493.26 für internationale Aktionen, die für unsere bereits bestehenden Beiträge an friedenserhaltende Aktionen der UNO eröffnet worden war. Es schiene uns auf jeden Fall angezeigt, eine Vororientierung der Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten des National- und des Ständerates vorzunehmen.

III.

Unseres Erachtens würde sich ein solcher Beitrag unseres Landes an die GANUPT rechtfertigen. Er entspräche bester schweizerischer aussenpolitischer Tradition, indem er einen Anwendungsfall unserer Disponibilität im Dienste der Friedenserhaltung bedeutete. Es wäre im übrigen nicht das erste Mal, dass wir uns an einer friedenserhaltenden Aktion beteiligten. Noch während der bewaffneten Auseinandersetzungen in Korea entschloss sich die Schweiz, von Anfang an (1953) Mitglied der beiden neutralen Kommissionen für die Durchführung des Waffenstillstandes und des Austausches der Kriegsgefangenen zu sein. Der Bundesrat schrieb damals : "Die Neutralität der Schweiz kann nicht rein passiver Natur sein; sie muss vielmehr in den Dienst des Friedens gestellt werden."

Im Rahmen der 1960 beschlossenen Blauhelmaktion der Vereinten Nationen im Kongo (UNOC) führte die Swissair Lebensmittel- und Personentransportflüge durch. Auf Anfrage des UNO-Generalsekretärs stimmte der Bundesrat der Entsendung einer zivilen Aerzteequipe bestehend aus 25 Personen zu, die bis 1969 das Spital von Kitambo betreute. Der UNO wurden auch schweizerische Techniker und Experten zur Verfügung gestellt, insbesondere auf dem Gebiet des Fernmeldewesens. 1960 wurde für die gesamte Aktion ein Jahreskredit von 2,5 Millionen Schweizerfranken beantragt.

Ausserdem leistet die Schweiz seit 1964 jährlich einen freiwilligen Beitrag in der Höhe von 850'000 Schweizerfranken an die friedenserhaltende Aktion der UNO auf Zypern (UNFICYP) und stellt der UNO-Waffenstillstands-Ueberwachungskommission in Palästina (UNTSO) ein von der Balair betriebenes Flugzeug zur Verfügung.

Die Einrichtung eines Spitals scheint uns einer der elementarsten aussenpolitischen Aufgaben unseres Landes zu entsprechen, nämlich dort einzugreifen, wo es humanitäre Probleme zu lösen gilt. Das von

- 5 -

einer schweizerischen Mannschaft geführte Spital im Kongo hatte dies seinerzeit aufs Schönste bewiesen.

IV.

Es versteht sich von selbst, dass unsere Mitwirkung im Rahmen der GANUPT nur denkbar ist, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist, namentlich die Zustimmung aller Parteien zur Aktion selbst und zu einer schweizerischen Beteiligung, keine direkte Unterstellung unter ein militärisches Kommando und Rückzugsmöglichkeiten mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten. Der Bericht des Delegierten des Bundesrates für Katastrophenhilfe im Ausland zeigt, dass dies bereits heute im wesentlichen der Fall ist. Noch nicht definitiv gesichert ist allerdings die Zustimmung aller Parteien zur UNO-Aktion als ganzem. Dies bedeutet, dass die Möglichkeit auch heute nicht ganz auszuschliessen ist, dass die GANUPT überhaupt nicht zustande kommt. Für die Schweiz kommt eine Teilnahme auf keinen Fall in Frage, solange nicht alle Parteien zugestimmt haben.

Bevor diese Zustimmung vorliegt, wird die GANUPT ihre Tätigkeit aber gar nicht aufnehmen und somit auch nicht mit der Einrichtung des Feldspitals in Grootfontein begonnen werden können. Hingegen muss die UNO ihre Vorbereitungen weiterführen und sollte daher möglichst bald eine Antwort der Schweiz erhalten, ob sie mit der schweizerischen Beteiligung am Feldspital rechnen kann. Sonst muss sie nämlich nach anderen Teilnehmern Umschau halten. Eine grundsätzliche Bereitschaft der Schweiz bedeutet noch keine definitive Zusage. Diese könnte unter anderem erst nach einer Rekognoszierung in Namibia erteilt werden.

Wir ersuchen Sie daher um Ihr Einverständnis, der UNO unser grundsätzliches Interesse bekanntzugeben, vorausgesetzt, dass die von uns gestellten, zu Anfang von Ziffer IV erwähnten Bedingungen er-

- 6 -

füllt werden. Die UNO und wir selbst benötigen diesen prinzipiellen Entscheid, um die weiteren Erkundungen und Planungen durchzuführen, die allzu komplex sind, als dass sie im letzten Augenblick an die Hand genommen werden könnten.

Selbstverständlich werden wir den politischen Rahmen der gesamten Aktion sehr sorgfältig verfolgen und Sie darüber auf dem laufenden halten.

Sollten Sie grundsätzlich mit der schweizerischen Mitwirkung am Feldspital von Grootfontein einverstanden sein, so bitten wir Sie auch, das Politische Departement zu ermächtigen, zusammen mit dem Finanz- und Zolldepartement den allenfalls möglichen Höchstbetrag für den Finanzrahmen unserer Beteiligung abzuklären.

* * * * *

Gestützt auf die vorliegenden Erwägungen beehrt sich das Politische Departement, dem Bundesrat zu

b e a n t r a g e n :

1. Der Bundesrat nimmt von diesem Antrag in zustimmendem Sinne Kenntnis ;
2. Das Politische Departement wird ermächtigt, seine Erkundungen über eine schweizerische Beteiligung an einem Feldspital im Rahmen der GANUPT weiterzuführen ;
3. Das Politische Departement wird ermächtigt, dem UNO-Generalsekretär eine vorläufige Antwort zu erteilen, in welcher eine schweizerische Teilnahme grundsätzlich in Aussicht gestellt wird, sofern die Finanzierung in unserem Sinne geregelt werden kann und den von uns gestellten Bedingungen, namentlich der

- 7 -

3003 Berne, le 19. avril 1979

Zustimmung aller Parteien, in befriedigender Weise Rechnung getragen wird ;

4. Das Politische Departement und das Finanz- und Zolldepartement werden ermächtigt, den allenfalls möglichen Höchstbetrag für den Finanzrahmen der schweizerischen Beteiligung abzuklären.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT



Pierre Aubert

3003 Berne, le 19. avril 1979

Distribué

Au Conseil fédéral

Action des Nations Unies
en Namibie (GANUPT) ...

971.

Rapport - joint à la proposition du Département
politique fédéral du 6 avril 1979

1. Nous estimons que la question d'une éventuelle participation de notre pays à l'action que les Nations Unies projettent en Namibie est à examiner, avant tout, à la lumière de considérations d'ordre politique et admettons volontiers que, de ce point de vue, elle appelle un préavis plutôt favorable.
2. Nous aimerions toutefois attirer l'attention sur le fait que, considérée sous l'angle financier, cette participation paraît problématique. Ainsi qu'il ressort de la proposition, elle entraînerait, en effet, une dépense non seulement importante - il est question d'un cadre financier de 6 millions de francs pour deux ans - mais surtout totalement imprévue. Aucun crédit d'engagement - le crédit de programme d'aide humanitaire ne semble pas pouvoir être mis à contribution étant donné la nature de l'action - ni de paiement n'est, en effet, disponible pour y faire face.

215/79

- 2 -

3. Dans ces conditions, tout engagement du Conseil fédéral en l'occurrence se traduirait par une charge financière supplémentaire qui, à défaut d'être compensée par des économies correspondantes, viendrait contrecarrer les efforts sollicités dans le cadre de l'élaboration du budget 80 et du plan financier 81-83 pour stabiliser les dépenses qui, comme c'est le cas présentement, ne revêtent pas un caractère obligatoire.

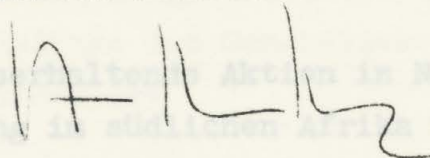
4. Etant donné que la Confédération accorde depuis de nombreuses années déjà son soutien financier à d'autres actions des Nations Unies pour le maintien de la paix (UNFICYP, UNTSO) et consent à ce titre un effort non négligeable, nous estimons qu'elle pourrait fort bien, par souci de tenir compte des contraintes financières de l'heure, renoncer présentement à donner suite à la demande du Secrétaire général des Nations Unies, sans que sa réputation n'en soit entamée pour autant.

Au vu de ce qui précède, nous vous

p r o p o s o n s

de renoncer à envisager une participation de la Suisse à l'action des Nations Unies en Namibie.

DEPARTEMENT FEDERAL DES FINANCES
ET DES DOUANES


G.-A. Chevallaz

o.713.761 - GR/fb

Bern, den 20. April 1979

AusgeteiltAn den Bundesrat

Namibia-Aktion der Vereinten Nationen
 (GANUPT - Groupe Assistance Nations
 Unies Période Transitoire)

S t e l l u n g n a h m e

zum Mitbericht des Eidgenössischen Finanz-
 und Zolldepartements vom 19. April 1979

In unserem Antrag vom 6. April 1979 standen vor allem politische Überlegungen im Vordergrund. Wir sind uns aber auch der finanziellen Lage des Bundes und seiner Sparanstrengungen bewusst und haben deshalb von vorneherein die ursprüngliche Konzeption der UNO für das zivile Spital in Grootfontein gar nicht in Betracht gezogen, sondern vielmehr nach weniger kostspieligen Alternativen gesucht.

Die von der UNO geplante friedenserhaltende Aktion in Namibia ist für die politische Entwicklung im südlichen Afrika von höchster Bedeutung. Sie bietet wahrscheinlich überhaupt die einzige Chance für Namibia, seine Unabhängigkeit auf friedlichem Wege zu erreichen. Sollte diese Aktion nicht zustande kommen, wären wohl Sanktionen gegen Südafrika unvermeidlich. Noch schwerwiegendere Entwicklungen wären nicht auszuschliessen.

- 2 -

Die Schweiz hat folglich auch im Hinblick auf ihre eigene Sicherheit ein Interesse daran, dass die UNO-Aktion eingeleitet werden kann und erfolgreich verläuft.

Da es sich bei der GANUPT um die grösste friedenserhaltende Aktion handelt, welche die UNO je unternommen hat, wird unser Land auf jeden Fall früher oder später dazu aufgerufen werden, an die Finanzierung der Aktion beizutragen.

Uns scheint es, dass wir unseren aussenpolitischen Grundsätzen besser entsprechen, wenn wir helfen, ein ganz konkretes Projekt zu verwirklichen, als wenn wir später lediglich einen finanziellen Beitrag an die gesamte Aktion leisten. Das Spital in Grootfontein wäre ein humanitärer Beitrag an eine politische Aktion, was bester schweizerischer Tradition entspräche.

Es ist richtig, dass die Finanzierung des Spitals nirgends im Budget vorgesehen ist. Unser Kredit für internationale Aktionen (Rubrik Nr. 201.493.26) richtet sich nach den Ausgaben für unsere bestehenden Beiträge an friedenserhaltende Aktionen und lässt uns für 1979 nur eine Reserve von Fr. 111'280.-. Es ist auch nicht denkbar, diese Ausgabe auf den Rahmenkredit für humanitäre Hilfe zu nehmen, weil sie trotz der humanitären Aspekte nicht den Kriterien für diesen Rahmenkredit entspräche und ein Präjudiz geschaffen würde, das nicht im Interesse unserer Politik auf diesem Gebiet liegen würde.

Diese Aktion in einem gesonderten Budgetposten einzuplanen, war uns ebenfalls nicht möglich, da wir das Projekt bei der Aufstellung des Budgets nicht kannten und die Anfrage des Generalsekretärs uns erst am 14. März 1979 zugeleitet worden ist.

Unseres Erachtens wäre für eine solche dringliche Aktion ein Nachtragskredit zu verantworten, vor allem wenn sich unser Beitrag in einem vertretbaren Rahmen hält und politisch gerechtfertigt ist.

- 3 -

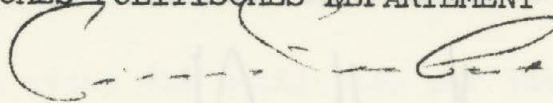
Unsere Erfahrungen mit der UNTSO und der UNFICYP - auch bis 1969 mit der UNOC - haben uns gezeigt, dass diese Form der internationalen Zusammenarbeit einem neutralen Staat wie der Schweiz besonders entspricht. Sie sollten uns ermutigen, die friedenserhaltenden Aktionen der UNO auch weiterhin zu unterstützen.

Die friedenserhaltenden Aktionen waren von ihrem Begründer, dem damaligen UNO-Generalsekretär Hammarskjöld, ausdrücklich für kleine und mittlere, namentlich für neutrale Staaten, konzipiert worden. Vor allem die nordischen Staaten und Oesterreich haben mit Blauhelm-Kontingenten bis heute an diese Form der Friedenswahrung in einem Masse beigetragen, das unsere bisherigen Beiträge weit übersteigt.

Für die gesamte Aktion in Namibia hat die UNO 300 Mio US-Dollar budgetiert. Die Schweiz, die zu den reichsten Ländern der Welt gehört, sollte bei diesem Unternehmen nicht abseits stehen. Uns schiene nach wie vor ein Beitrag von 6 Mio Schweizerfranken, verteilt auf zwei Jahre, erstrebenswert. Denn wenn wir auch nur einen beschränkten Beitrag leisten können, sollte er sich doch in einem Rahmen bewegen, der uns die Kontrolle über das gesamte Spitalprojekt gewährleistet.

Wir halten daher an unserem Antrag fest und schlagen erneut vor, das Politische Departement zu ermächtigen, die finanziellen Aspekte, namentlich den allenfalls vertretbaren Finanzrahmen für die schweizerische Beteiligung am Spitalprojekt für Namibia, mit dem Finanz- und Zolldepartement abzuklären.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT



Pierre Aubert

3003 Bern, den 24. April 1979

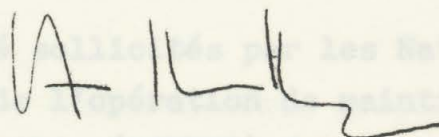
AusgeteiltAn den B u n d e s r a tNamibia-Aktion der Vereinten
Nationen (GANUPT)

971

V e r n e h m l a s s u n gzur Stellungnahme des Eidg. Politischen Departements
vom 20. April 1979Das Finanz- und Zolldepartement hält an seinem ablehnenden
Mithericht vom 19. April fest.

Die Stellungnahme des Politischen Departements unterstreicht noch einmal die politisch-humanitäre Bedeutung der Aktion, ohne jedoch wesentlich neue Gesichtspunkte aufzuzeigen, die unsere finanziellen Bedenken gegen das vorgesehene Engagement von 6 Millionen Franken, für welches weder im Voranschlag noch in der Finanzplanung irgendwelche Mittel zur Verfügung stehen, zu beseitigen vermöchten. Es wird demzufolge Sache des Bundesrates sein zu entscheiden, ob in diesem Falle den politischen oder den finanziellen Erfordernissen Vorrang einzuräumen ist.

EIDG. FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENT



G.-A. Chevallaz

o.713.761 - HB/ap

3003 Berne, le 4 mai 1979

DistribuéeAu Conseil fédéralAction des Nations Unies
en Namibie (GANUPT)Proposition complémentaire

à la proposition du Département politique fédéral du 6 avril 1979

1. Nous nous référons à notre proposition du 6 avril 1979, au rapport joint du Département fédéral des finances et des douanes du 19 avril 1979, à notre rapport complémentaire du 20 avril 1979 et au co-rapport complémentaire du Département fédéral des finances et des douanes du 24 avril 1979.
2. Lors de votre séance du 25 avril 1979, vous avez donné votre accord de principe à une éventuelle participation de la Suisse à l'action des Nations Unies en Namibie. Toutefois, avant de vous prononcer de manière définitive à ce sujet, vous avez invité le Département fédéral des finances et des douanes et le Département politique fédéral à réexaminer en particulier la question de la contribution financière que nous serions appelés à fournir pour la mise sur pied d'un hôpital de campagne à Grootfontein.
3. Ce projet, pour lequel nous avons été sollicités par les Nations Unies, fera partie, le cas échéant, de l'opération de maintien de la paix des Nations Unies pour la Namibie (GANUPT) dont le coût total est estimé à 300 millions de dollars. Selon le rapport du

délégué du Conseil fédéral pour l'aide en cas de catastrophe, du 28 mars 1979 *), il s'agit d'un projet concret, limité dans le temps (un an), qui serait réalisé et géré par des ressortissants suisses. L'hôpital devrait être en mesure de répondre aux prestations habituellement fournies par une polyclinique d'importance moyenne. Il comporterait, en outre, des services de chirurgie, d'observation et de médecine interne de 15 à 20 lits chacun.

4. La réalisation d'un hôpital de 100 à 200 collaborateurs, tel qu'il avait été conçu à l'origine par les Nations Unies, aurait coûté 20 à 30 millions de francs suisses. Il s'agissait là d'une entreprise qui ne correspondait pas à nos moyens financiers. Nous avons, dès lors, fait savoir aux Nations Unies qu'à notre sens un hôpital comprenant un effectif de 50 à 60 personnes - parmi lesquelles 20 médecins - et dont le coût s'élèverait à environ 15 millions de francs suisses, serait à même de remplir avec efficacité les tâches qui lui seraient confiées. La Suisse ne pourrait toutefois pas assumer à elle seule de telles dépenses; c'est pourquoi, en vue de limiter notre participation financière, nous vous avons proposé de mettre à la disposition de l'ONU du personnel et du matériel pour un montant limité de 6 millions de francs suisses, répartis sur deux ans. Cette somme, qui correspond à environ la moitié du coût total, nous aurait permis de garder un certain contrôle sur ce projet.
5. Au cours des consultations qui ont eu lieu, le 1er mai 1979, entre le Département fédéral des finances et des douanes et le Département politique fédéral, le représentant de l'Administration des finances a notamment mis l'accent - en raison de l'état des finances fédérales - sur les difficultés que causerait tout engagement financier supplémentaire de la Confédération. Cependant, si pour des raisons

*) Ce rapport vous a été transmis comme annexe à notre proposition du 6 avril 1979.

- 3 -

d'ordre politique, vous décidiez que notre pays devrait prêter son concours au GANUPT, le Département fédéral des finances et des douanes pourrait envisager de donner son accord à une participation qui ne dépasserait pas 4 à 4,5 millions de francs suisses. Cette indication nous a été donnée sous réserve d'une décision définitive de ce département. Le Département politique fédéral estime, pour sa part, qu'un montant de 4,5 millions de francs suisses représente un minimum pour une action de cette envergure.

* * * * *

Vu ce qui précède, le Département politique a l'honneur de

p r o p o s e r :

1. Le Conseil fédéral prend connaissance de cette proposition complémentaire et l'approuve;
2. Le Département politique est autorisé à poursuivre ses consultations et ses contacts concernant une participation de la Suisse à la réalisation d'un hôpital de campagne dans le cadre du GANUPT;
3. Le Département politique est autorisé à informer le Secrétaire général de l'ONU de l'accord de principe des autorités suisses, pour autant que la question du financement soit réglée conformément à leurs vues et que les conditions posées, notamment l'accord de toutes les parties en cause, soient dûment prises en considération;
4. Dans la mesure où les conditions mentionnées sous le point 3 sont remplies, le Département politique est autorisé à annoncer une contribution de 4,5 millions de francs suisses au GANUPT;
5. Le Département politique fédéral est autorisé, le cas échéant, à demander un crédit supplémentaire.

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL



Pierre Aubert

Pour co-rapport

- au Département des finances et des douanes

Extrait du procès-verbal

- au Département politique (en 20 exemplaires) pour exécution
 - au Département des finances et des douanes (en 5 exemplaires) pour information